

MBJS
23.11- 72031

Datum: 24. September 2018
Bearbeiter: David Grave
☎: +49 331 866-3772

Protokoll
über die 16. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit

<p><u>Sitzungstermin:</u> 24.09.2018</p> <p><u>Sitzungsort:</u> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Haus 1, Raum E. 34)</p> <p><u>Sitzungsleitung:</u> Herr Kostrewa (Vorsitzender)</p> <p><u>Protokollführung:</u> Herr Grave (Geschäftsstelle LKJA)</p>
<p>TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung</p> <p>→ <u>Protokollanlagen:</u></p> <p>1. <i>Teilnahmeliste</i></p>
<p><u>Gesprächsinhalte:</u></p> <p>Herr Kostrewa eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.</p> <p>Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Der Tagesordnung wird in der geänderten und am 10.09.2018 versendeten Form grundsätzlich zugestimmt. TOP 4 wird um einen weiteren Unterpunkt TOP 4.2 ergänzt.</p>
<p><u>Weitere Verabredungen:</u> Keine.</p>
<p>TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 11.05.2018</p> <p>→ <u>Protokollanlagen:</u> keine</p>
<p><u>Gesprächsinhalte:</u></p> <p>Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 11.06.2018 gibt es seitens der Anwesenden keine Anmerkungen (17 ja/00 nein/00 Enthaltung).</p>
<p><u>Weitere Verabredungen:</u> Keine.</p>
<p>TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen</p> <p>→ <u>Protokollanlagen:</u> keine</p>
<p><u>Gesprächsinhalte:</u></p> <p><u>Zu 3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz</u></p> <p>BE: Frau Ebell</p>

Frau Ebell berichtet, dass der UA zuletzt am 27.08.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Besuch einer Produktionsschule in Herzberg (Elster)
- Gespräch über die Arbeit von Produktionsschulen
- Thematisierung der Neueinführung eines § 18 a (Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen) in die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) seit 26.06.2018. Hierzu gab es ein Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Kommunales Brandenburg (MIK), das die Kommunen zu einer Umsetzung bis zum 09.01.2019 auffordert. Das MBS hat diesen Zeitdruck kritisiert. Derzeit gibt es Gespräche mit Städte- und Gemeindebund (StGB) über eine Mustervereinbarung. Ferner ist für den 18.11.2018 ein Fachtag in Potsdam geplant, bei dem mit Fachkräften und der Zielgruppe über notwendige Handlungsschritte und Ziele diskutiert werden soll.
- Antrag auf Berufung eines neuen, zusätzlich zu berufenden Mitglieds

Zu 3.2 Kindertagesbetreuung

BE: Frau Schiefelbein

Frau Schiefelbein berichtet, dass der UA zuletzt am 14.09.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Gute-Kita-Gesetz
- Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit, Evaluation der Einführung des Gesetzes, Erarbeitung der Empfehlungen werden durch eine Anwaltskanzlei
- Ergebnisse des Fachkräfteberichts
- Antrag eines Trägers auf landesweite Anerkennung

Zu 3.3 Hilfen zur Erziehung

BE: Herr Decker

Herr Decker berichtet, dass der UA zuletzt am 24.08.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Fachkräftebedarf/-sicherung
- Aktuelle Fallzahlen der umA, Entwicklung der Einrichtungslandschaft (besonders Clearingstellen)
- Notwendigkeit der Überarbeitung der Handlungsleitlinien für Krisensituation in Einrichtungen: dies wurde durch die Mitglieder des UA verneint, jedoch erarbeitet der VPK hierzu ein Konzept
- Information zur Konzeptentwicklung „Lerngruppe +“
- Information, dass das Netzwerk „umA“ beschlossen hat, seine Aktivitäten ruhen zu lassen

Zu 3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

BE: Frau Uhlworm

Frau Uhlworm berichtet, dass der UA zuletzt am 30.08.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Bericht von einem Fachgespräch über Leitlinien geschlechtergerechter Jugendarbeit am 26.07.2018: die damit in Verbindung stehende und Beschlussvorlage soll in der Sitzung des LKJA am 03.12.2018 behandelt werden.
- Bericht AG Kinderarmut
- Antrag auf Berufung eines neuen, zusätzlich zu berufenden Mitglieds
- Verabschiedung Frau Paepke als Begleitperson des MBJS im UA
- Zusammenkunft der örtlichen JH-Planer

Weitere Verabredungen:

- Befassung mit der Neueinführung des § 18 a BbgKVerf in der Sitzung des LKJA am 03.12.2018
- Befassung mit der Beschlussvorlage zu den Leitlinien geschlechtergerechter Jugendarbeit in der Sitzung des LKJA am 03.12.2018. Zusätzlich wird verabredet, diese Beschlussvorlage den UA-Vorsitzenden vorab zur Kenntnis zu geben.

TOP 4: Berufung weiterer Mitglieder der Unterausschüsse gemäß § 16 Abs. 6 GO LKJA – Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

(Vorlage Nr. 42-16/18)

(Vorlage Nr. 43-16/18)

BE: Frau Uhlworm, Frau Ebell

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

zu 4.1. Unterausschuss Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung:

Frau Uhlworm erläutert die vorliegende Beschlussvorlage zur Berufung eines zusätzlichen Mitglieds in den Unterausschuss.

Der LKJA stimmt dem Vorschlag des UA JJQ zu und beruft Frau Mareike Vorpahl mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen in den Unterausschuss JJQ.

zu 4.2. Unterausschuss Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz:

Frau Ebell erläutert die vorliegende Beschlussvorlage zur Berufung eines zusätzlichen Mitglieds in den Unterausschuss.

Der LKJA stimmt dem Vorschlag des UA JJJ zu und beruft Herrn Dirk Stiller mit 17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen in den UA JJJ.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 5: Sachstand zur Vorbereitung einer Klausurtagung des Ausschusses

BE: Herr Kostrewa/ Frau Ebell

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa stellt den organisatorischen Rahmen der Klausurtagung vor:

- ✚ **13:00 Uhr: Beginn der Klausurberatung bzw. des Perspektivgesprächs, welches inhaltlich begleitet werden soll**
- ✚ Ab 15:00 Uhr: Reguläre Sitzung des LKJA
- ✚ Ab 17:00 Uhr: Get together und Jahresabschluss
- ✚ 18:00 Uhr: Ende der Veranstaltung

Folgend ergänzt Frau Ebell die inhaltlichen Zielstellungen der Klausurberatung:

- Zielgruppe: alle Mitglieder des LKJA sowie die zusätzlich in die UA berufenen Personen
- Inhaltliche Ziele: Auswertung der letzten Legislatur, Zielstellungen für die neue Legislatur, Potentiale des Ausschusses, Frage der Notwendigkeit einer Änderung der Geschäftsordnung
- Vorbereitung: Der Vorstand LKJA erarbeitet im Vorfeld der Veranstaltung gemeinsam mit dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) 3 bis 4 Leitfragen
- Evaluation: Die Ergebnisse der Klausurtagung werden in einer AG (Vorstand LKJA, Vorsitzende UA, weitere interessierte Mitglieder) ausgewertet.

Die Anwesenden beschließen die vorgetragenen Vorschläge einstimmig.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 6: Fachkräftesituation in der Kinder- und Jugendhilfe

BE: Frau Stobbe (MBS)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Stobbe erklärt, dass die weitere Bearbeitung zum Fachkräftebedarf über den Bereich der Kindertagesbetreuung auf alle Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe ausgeweitet wird.

Bezogen auf die Ergebnisse des Fachkräfteberichts, zu dem am 18.10.2018 eine Anhörung im Landtag vorgesehen ist, wird über eine ergänzende Studie berichtet. Hierzu müsse man sich aber noch zu den verschiedenen Parametern der einzelnen Handlungsfelder verständigen, die jeweils eigene Aspekte in den Fokus stellen. Zur Frage der Ausführung der Studie wurde bereits mit dem Deutschen Jugendinstitut e.V. (DJI) aufgenommen.

Im Anschluss geht Frau Stobbe auf folgende Aspekte ein:

- Erstellung von Modellrechnungen (wie am Bsp. der Lehrerbedarfsrechnung)
- Ausweitung der für den Bereich der Kindertagesbetreuung diskutierten Trägerqualität

auf den Bereich der Hilfen zur Erziehung

- Ausweitung des Fachkräfteprogramms „Zeit für Anleitung“ im Kita-Bereich (von 1 auf 3 Stunden)
- Notwendigkeit für zusätzliche HH-Mittel i. H. v. 3,55 Mio. Euro
- Vereinfachung des Prüfverfahrens betreffend die Anerkennung (ausländischer) Berufsabschlüsse bzw. der Gleichwertigkeit
- im Fachreferat 23 des MBSJ soll ein neues „Kompetenzzentrum Fachkräfte“ entstehen
- Verstärkungen in den Aufsichtsbereichen (Kindertagesbetreuung, Erziehungshilfe)

Herr Decker verweist im Folgenden auf die Dokumentation der Fachtagung „Goldstaub“ mit dem darin enthaltenen Vortrag von Vertreter/-innen der TU Dortmund auf der Grundlage einer großräumigen Befragung (>1.000 Fachkräfte). Wesentliche Erkenntnisse daraus lauten:

- Unzufriedenheit der Fachkräfte über die Bezahlung
- Zu hohes Arbeitspensum
- Keine Vertretungsmöglichkeiten, Arbeit obgleich Krankheit

Herr Decker berichtet über die Diskussion im UA *Hilfen zur Erziehung* zu den Rahmenbedingungen hinsichtlich der Bindung von Fachkräften. Wesentliche Aspekte der Diskussion sind:

- eine zu starke Fokussierung der Ausbildung auf das Handlungsfeld der Kindertagesbetreuung
- Idee der Einführung eines Schülerbetriebspraktikum
- Bedeutung der Weiterbildung für Berufseinsteiger
- Idee der Orientierung an anderen Berufsfeldern (z.B. Pflege)
- Landesprogramme, Einbindung der (Fach-)Hochschulen
- Hinweis auf AGJ-Positionspapier aus dem Jahr 2017

Herr Tölke äußert seine Besorgnis, dass die geplanten Aktionen zu spät kommen. Aufgrund des Fachkräftemangels bestände die Gefahr einer Absenkung der Qualität.

Herr Decker bittet im laufenden Prozess um mehr Transparenz bzw. Beteiligung.

Weitere Verabredungen:

Es wird eine WV für die nächste oder übernächste Sitzung verabredet.

TOP 7: Sachstand zum Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz)

BE: Frau Paepke (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal berichtet den Anwesenden kurz über die thematische Befassung im Rahmen der letzten Sitzung der AGJF. Der Gesetzentwurf trägt nunmehr eine neue Bezeichnung und ist durch das Bundeskabinett bereits verabschiedet worden.

Die aktuelle Fassung enthält u.a. folgende Änderungen:

- Haushaltsmittel dürfen nicht für den Hort verwendet werden
- Die frühkindliche Sprachförderung wurde als neues 7. Handlungsfeld aufgenommen.

Der Umfang der auf BB fallenden Mittel im Zeitraum 2019 bis 2022 beträgt etwa 163 Mio. Euro. Im Gesetzentwurf ist die Verstetigung der Mittel über diesen Zeitraum hinaus nicht geregelt. Grundsätzlich kritisieren nahezu alle Bundesländer den ggw. Entwurf (zu viel Bürokratie, zu ausgeprägte Berichtspflichten und keine Regelung zur dauerhaften Beteiligung des Bundes).

Die Finanzierung erfolgt durch eine Erhöhung des Länderanteils an der Umsatzsteuer.

Zur Umsetzung wird es Mustervorgaben des BMFSFJ geben – Vertragsentwurf Bund-Land, Handlungs- und Finanzierungskonzept, Kriterienkatalog für die Analyse. Die ersten zu diskutierenden Entwürfe sollen den Ländern zeitnah zugehen. Wenn keine Verstetigung im Gesetz formuliert wird, soll es einen dementsprechenden Entschließungsantrag geben.

Antrag der Länder auf Verlängerung der Beratungszeit: 19.10.2018 Beschluss im Plenum, BB spricht sich gegen eine Verlängerung aus.

Im Haushaltsaufstellungsverfahren für den Doppelhaushalt 2019/2020 müssen die Mittelansätze des Gute-Kita-G mit berücksichtigt werden. Innerhalb der Fraktionen gibt es Überlegungen und Diskussionen zu möglichen Handlungsschwerpunkten.

Parallel zum Gesetzgebungsverfahren Gute-Kita-G laufen die ersten Bund-Länder-Gespräche zum ab 2025 im Koalitionsvertrag formulierten Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung im Grundschulbereich.

Frau Paepke ergänzt mögliche Handlungsoptionen für das Land BB, die durch Landes- und Bundesmittel ausfinanziert werden könnten:

- Personalschlüsselverbesserungen
- mehr Zeit für pädagogische Leitung durch die Verbesserung des Leitungssockels
- Qualifizierung und Fortbildung der Fachkräfte (u.a. 2 Fortbildungstage)
- Gutscheine für Quer- und Seiteneinsteiger (Verbesserung auf eine höhere Wochenstundenzahl)
- finanzielle Unterstützung der längeren Betreuungszeiten über ein Förderprogramm (20 Prozent Kommune/80 Prozent Land)
- kostenloses Mittagessen.

Bezogen auf die Änderung des § 90 SGB VIII tun sich andere Bundesländer schwer, da es u.a. bislang keine soziale Staffelung gab BB hat diese jedoch bereits seit Jahren. Zur kompletten Beitragsfreistellung für bestimmte Zielgruppen, die im Gesetz festgeschrieben

worden sind, plant das MBS ein schlankes Verfahren. Angedacht ist die Ausreichung einer Pauschale in Höhe von 200 € jährlich für die Zielgruppen. Das MBS geht aufgrund der vorliegenden Annahmen und Statistiken von ca. 20.000 Freizustellenden im Jahr aus.

Die angedachten Maßnahmen werden allein durch die Bundesmittel nicht ausfinanzierbar sein. Eine Ko-Finanzierung durch das Land ist – wenngleich keine gesetzliche Notwendigkeit besteht – wahrscheinlich, da der Erfolg der Maßnahmen nur so gewährleistet werden könne. Frau Gottschling weist auf ein LIGA-Fachgespräch zu diesen Themen am 22.10.2018 hin. Frau Schiefelbein kritisiert das angedachte Förderprogramm „verlängerte Kita-Stunde“, da dieses aus ihrer Sicht keinen Qualitätsansatz beinhalte.

Weitere Verabredungen:

Es wird eine Beratung des Gesamtkonzeptes im LKJA sowie eine Befassung im UA Kindertagesbetreuung verabredet.

TOP 8: Sachstand zur Erarbeitung eines Berichtes an den Landtag zu § 1 Kindertagesstättengesetz (KitaG)

BE: Frau Paepke (MBS)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Paepke berichtet, dass die Schlussfassung des Berichtes ggw. erarbeitet wird. Nach Freigabe der Hausleitung wird der Bericht in die Ressortabstimmung und auch dem LKJA, dem Landeselternbeirat und den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme zugeleitet.

Grundsätzlich kam es in den vergangenen Jahren zu einer Erhöhung der Versorgungsquoten sowie zu einer Erhöhung der Inanspruchnahme der verlängerten Betreuungszeiten. Letztere fallen regional und bezogen auf die Betreuungsform allerdings unterschiedlich aus:

- Krippen: 70 Prozent
- Kita: 68,9 Prozent
- Hort: 30 Prozent

In allen Landkreisen existieren standardisierte Verfahren, die sich aber hinsichtlich der Notwendigkeit vorzulegender Unterlagen unterscheiden.

Der Bericht soll Ende der 40. KW fertig gestellt und der Hausleitung zur Freigabe zugeleitet werden. Das Beteiligungsverfahren soll Mitte/Ende Oktober 2018 eingeleitet werden. Ende des 4. Quartals soll der Bericht in den Landtag eingebracht werden.

Weitere Verabredungen: Die Thematik soll im UA Kindertagesbetreuung behandelt werden.

TOP 9: Novellierung des Sportförderungsgesetzes (SportFGBbg)

BE: Frau Woellner (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Woellner erläutert, dass es sich bei der aktuellen Novellierung um die erste Änderung seit dem Jahr 1992 handelt. Der Gesetzentwurf sieht neben der Überprüfung von Formalien (z.B. Sprache) u.a. folgende Neuerungen bzw. Zielstellungen vor:

- Förderung der integrativen Wirkung des (Breiten-)Sports
- Sportförderung zukünftig auch für Digitalisierung
- Gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen
- Erhöhung der Sportförderung des Landes um 2 Mio. Euro
- Einführung eines Sportbeauftragten zur Stärkung der Interessenvertretung des Landes und Unterstützung der Kommunen bei überregionalen Projekten

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 10: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Friedel (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Friedel berichtet zu folgenden Themen:

- **Personelle Veränderungen** in der Abteilung Kinder- und Jugend im MBSJ und die damit verbundene neue Leitungsstruktur:
 - Leitung Referat 21: Herr Beißel
 - Leitung Referat 22: Frau Paepke
 - Leitung Referat 23: Frau Stobbe
- **Sachstand zu den drei Förderprogrammen:**
 - Freiräume 2018 – Förderprogramm für Jugendfreizeiteinrichtungen
 - Förderprogramm Jugendräume im ländlichen Raum
 - „Digitalräume“ – Förderung der digitalen Infrastruktur in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit

Die zur Verfügung stehenden Fördermittel sind bislang nicht ausgeschöpft, daher wird seitens des MBSJ erneut um Multiplikation dieser Information gebeten. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Antragstellung auch nach dem 30.09.2018 erfolgen kann.

▪ **Haushaltsentwurf 2019/20:**

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wird der Landes-Kita-Plan als eigenes Kapitel ausgestaltet, die Schnittstelle Schule/Jugendhilfe als eigener Titel. Es ist geplant, 100 neue Stellen in der Schulsozialarbeit zu fördern, und zwar mit demselben Festbetrag wie die bisher geförderten Stellen.

- Hinweis auf den **Fachtag „Aufwachsen in Brandenburg“** am 28.09.2018. Die Rückmeldefrist zur Anmeldung wurde nochmals verlängert. Beginnend ab Oktober 2018 soll diese Veranstaltung in der Folge durch spezifische Dialogforen ergänzt werden.

- Hinweis auf die **Neueinführung eines § 18 a** (Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen) in die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) und die Schwierigkeiten, die den Kommunen durch den Zeitdruck entstehen, bis Jahresanfang die Hauptsatzungen an die neue Gesetzeslage anzupassen.
- Hinweis auf die **Erarbeitung von Empfehlungen** durch das MBS im Zusammenhang mit dem **Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit**. Eine Stellungnahme durch den LKJA ist angefragt.
- Hinweis auf die den derzeitigen Prozess zur **Aktualisierung** der *Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)*. Die Änderungen werden vornehmlich redaktioneller Art sein. Die Frage der Benennungsherstellung wird mit dem Vorstand des LKJA abgestimmt.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 11: Verschiedenes

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

1. Herr Kostrewa gibt den Anwesenden die geplanten Sitzungstermine des Ausschusses für das Jahr 2019 zur Kenntnis:
 - Montag, 28.01.2019, 14:00 – 17:00 Uhr
 - Montag, 20.05.2019, 14:00 – 17:00 Uhr
 - Montag, 26.08.2019, 14:00 – 17:00 Uhr
 - Montag, 02.12.2019, 14:00 – 17:00 Uhr
2. Frau Uhlworm weist die Anwesenden auf folgende Veranstaltungen hin
 - 08.11.2018: Brandenburgische Familienbildungsmesse
 - 05.-10.11.2018: 27. Kinder-Filmfest im Land Brandenburg „Wo es mir gefällt“

Weitere Verabredungen:

Versendung der Termine für 2019 (vorab zum Protokoll).

Herr Kostrewa verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:00 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, dem **03.12.2018**, von 14:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Haus 1, Raum E. 34), im Anschluss an die Klausurtagung, statt.

gez. Hermann Kostrewa
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer